

Antrag

**der Abgeordneten Ralf Niedmers, Dietrich Wersich, Sascha Greshake,
Christin Christ, Dr. Antonia Goldner (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 23/3900

Betr.: Staatsarchiv Hamburg stärken – Erweiterungsbau am Standort Wandsbek beschleunigen

Der Antrag der Fraktion Die Linke (Drs. 23/3900) verengt die bestehenden Herausforderungen im Staatsarchiv Hamburg auf einzelne kurzfristige Maßnahmen und greift damit zu kurz. Die vorgeschlagenen Ansätze adressieren überwiegend Symptome, ohne die zugrunde liegenden strukturellen Ursachen ausreichend zu berücksichtigen.

Die bestehenden Probleme sind jedoch in erster Linie auf die seit Jahren bekannten Kapazitätsgrenzen des Staatsarchivs zurückzuführen. Eine nachhaltige Verbesserung lässt sich daher nur durch eine konsequente Stärkung der infrastrukturellen Voraussetzungen erreichen.

Das Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg ist das zentrale Gedächtnis der Stadt und bewahrt historisch bedeutsames Schriftgut staatlicher und privater Herkunft. Es dient nicht nur der wissenschaftlichen Forschung, sondern auch der Rechtssicherung, der Verwaltungskontinuität sowie der politischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung historischer Entwicklungen.

Bereits seit mehreren Jahren ist bekannt, dass die Kapazitäten am Standort Wandsbek an ihre Grenzen stoßen. Spätestens seit 2022 wurde öffentlich darauf hingewiesen, dass die vorhandenen Magazinflächen perspektivisch nicht mehr ausreichen und ein Erweiterungsbau erforderlich ist.

Trotz dieser frühzeitig bekannten Problemlage ziehen sich die Planungen nun über Jahre hinweg: Seit 2023 werden entsprechende Vorhaben politisch begleitet und organisatorisch vorbereitet, während seit 2024 an Bedarfsplanung und Machbarkeitsstudie gearbeitet wird, deren Abschluss erst für 2026 vorgesehen ist.

Gleichzeitig ist die Auslastung der bestehenden Magazinflächen inzwischen sehr hoch und liegt bei über 90 Prozent. Das Staatsarchiv übernimmt fortlaufend neue Unterlagen aus der Verwaltung, deren Umfang aufgrund gesetzlicher Aufbewahrungspflichten und anhaltend hoher Übernahmemengen dauerhaft erheblich bleibt. Auch künftig ist davon auszugehen, dass in erheblichem Umfang analoges Archivgut übernommen werden wird/muss.

Die zwischenzeitliche Auslagerung von Archivbeständen an den Standort Stade kann vor diesem Hintergrund nur eine vorübergehende Lösung darstellen. Aufgrund der räumlichen Distanz zum Hauptstandort Hamburg ist sie für viele Nutzerinnen und Nutzer mit zusätzlichem Aufwand verbunden und daher nicht als dauerhafte Struktur geeignet.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Notwendigkeit eines Erweiterungsbaus seit Jahren erkannt ist und dieser nun mit Nachdruck weiter vorangebracht werden sollte. Um die Funktionsfähigkeit des Staatsarchivs langfristig zu sichern, ist eine zeitnahe Umsetzung von zentraler Bedeutung.

Ein moderner Erweiterungsbau bietet die Chance, nicht nur zusätzliche Magazinflächen zu schaffen, sondern auch die Arbeits- und Nutzungsbedingungen, die Digitalisierung sowie die logistischen Abläufe nachhaltig zu verbessern. Dabei sind insbesondere hohe Anforderungen an Klimatisierung, Bestandsschutz, Sicherheit sowie effiziente logistische Abläufe zu berücksichtigen.

Die fortschreitende Digitalisierung kann die Nutzung von Archivgut erheblich erleichtern und den Zugang verbessern, ersetzt jedoch nicht die Notwendigkeit ausreichender physischer Lagerkapazitäten. Zugleich zeigt sich, dass eine gezielte Weiterentwicklung der Digitalisierung, insbesondere durch nachfrageorientierte Ansätze und klare strategische Zielsetzungen, ein wesentlicher Baustein für ein modernes und leistungsfähiges Staatsarchiv ist.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. den Erweiterungsbau des Staatsarchivs am Standort Wandsbek mit höchster Priorität voranzutreiben und die notwendigen Voraussetzungen für eine zügige Umsetzung zu schaffen;
2. die Bedarfsplanung abzuschließen und die Machbarkeitsstudie schnellstmöglich fertigzustellen, um auf dieser Grundlage einen verbindlichen Zeitplan für die weiteren Schritte vorzulegen;
3. frühzeitig die finanziellen Voraussetzungen für Planung und Bau sicherzustellen und entsprechende Haushaltsmittel einzuplanen;
4. die Planungs- und Genehmigungsverfahren so zu gestalten, dass Verzögerungen minimiert werden, und gegebenenfalls beschleunigende Maßnahmen zu prüfen;
5. die personellen und technischen Voraussetzungen für eine deutliche Ausweitung der Digitalisierung von Archivbeständen zu schaffen, insbesondere durch den Aufbau geeigneter eigener Digitalisierungskapazitäten im Staatsarchiv;
6. ein Konzept zur priorisierten Digitalisierung besonders nachgefragter und forschungsrelevanter Bestände („Digitalisierung on demand“) zu entwickeln und umzusetzen;
7. eine übergeordnete Digitalisierungsstrategie für das Staatsarchiv vorzulegen, die klare Prioritäten, Zeitziele und Qualitätsstandards für die Digitalisierung und Bereitstellung von Archivgut definiert;
8. sicherzustellen, dass der Erweiterungsbau den zukünftigen Anforderungen an Archivierung, Digitalisierung, Bestandsschutz und Nutzerfreundlichkeit umfassend gerecht wird;
9. die Bürgerschaft regelmäßig über den Fortschritt der Planungen und der Umsetzung zu unterrichten.